

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mr. 1.80.** Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 234.

Donnerstag, den 7. Oktober 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie zu Hamburg.

Hamburg, den 6. Oktober 1897.

Erster Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die heutige Sitzung um 9,15 Uhr und mit Verlesung von Begrüßungs-Telegrammen.

Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt.

Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt.

Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt.

Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt.

Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt.

Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt.

Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt.

Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt. Die Diskussion über die „Presse“ wird fortgesetzt.

eines Gymnasiums gedrückt, sondern nur ein Pantinengymnasium, und nur 3/4 Jahre etwa sieben verschiedene Volksschulen. Was ich mir erworben habe, ist mein Stolz, wenn es auch noch so wenig ist. Meine „Zehn Gebote“ sind in 70 000 Exemplaren verbreitet worden, sie sind von Genossen verbreitet worden. Dr. Ueber, Kronwetter in Wien haben die Broschüre sehr gelobt. Es muß mit der Schulbildung also nicht so schlimm sein. Was der Eine für gut hält, hält der Andere für schlecht. Ich soll ein literarischer Troddel, ein anmaßender Dummkopf sein. Ich war drei Jahre Parteiredakteur und als ich meinen Posten verbessern wollte, hat mich der Parteivorstand zu bleiben. So unfähig muß ich also doch wohl nicht gewesen sein? Früher läßt aus dem Katalog der Buchhandlung des „Vorwärts“ weg, was ihm nicht paßt. Ich beantrage, daß ihm die alleinige Entscheidung entzogen wird, daß der Vorstand mit zu bestimmen hat. Sie müßten sonst doch Genosse Fischer für das Universal-Genie der Partei halten. Genosse Lux hat meine Broschüren für „Schund“ erklärt, später hat er in der „Magdeburger Volksstimme“, allerdings ohne Quelle, ganze Seiten aus der Broschüre „Die Sozialdemokraten kommen“ abgedruckt. (Heiterkeit.) Meine „Zehn Gebote“ sind in's Polnische übersetzt worden vom polnischen Parteivorstand ohne Nennung des Verfassers. Ich ärgerte mich über diese Unterlassung; denn es kann doch noch so kommen, daß Einer sagt, ich hätte die Broschüre aus dem Polnischen übersetzen lassen. Ich verlangte aus diesem Grunde die Nennung meines Namens, nicht, weil ich mich für einen unsterblichen Schriftsteller halte. Ich bin ebenso wenig ein unsterblicher Schriftsteller, wie Genosse Fischer ein unsterblicher Buchhändler ist. Wenn Fischer's Ansicht durchdringe, würden nur noch Akademiker für die Partei schreiben können und kein Arbeiter könnte mehr eine Feder anrühren. Wenn ich die Universität besucht hätte würde ich ein korrekteres Deutsch sprechen und schreiben können und gewiß nur halb so dumm sein, wie die Mehrzahl Derjenigen, welche die Universitätsbänke gedrückt haben. (Große Heiterkeit.)

Stollen-Hamburg kommt noch einmal auf seinen Antrag zurück, der jetzt so modifiziert ist, daß nicht die „Vorwärts“-Redaktion, sondern der Parteivorstand gehalten sein soll, den gemeinschaftlichen Bezug des Parteitag- und Parlamentsberichts zu ermöglichen. Aus der bisherigen Diskussion sei kein Grund für die Verweigerung des Berichts zu erkennen gewesen. Im Interesse der Parteipresse und des Partei-Geldbeitrags bitte er um Annahme des Antrages. Er protestiere gegen den von Fischer gebrauchten Ausdruck der Mähenmacherei.

Gen. Kosblyki-Hamburg spricht sich in ganz demselben Sinne aus. Frau Steinbach-Hamburg: Was das Kaiser-Wilhelm-Denkmal im „Neue Welt-Kalender“ anbelangt, so war die Kritik desselben sehr geeignet, den unangenehmen Eindruck der Abbildung zu verwischen.

Kagenstein-Mainz beklagt die unbekannte bureaukratische Leitung der Buchhandlung des „Vorwärts“ und tritt nochmals für die Verstaatlichung des Berliner Geschäfts ein. Ueber's Ansichten seien so mangelhaft, daß sie neben die Spar-Agnes gestellt zu werden verdienten. Bebel habe wieder einmal das rothe und blaue Geplänkel aufmarschieren lassen. Der Erfolg der Leipziger Unternehmung spreche doch für die Richtigkeit seiner Ansicht. Daß der Vorstand dem „Echo“ den Bericht über den Parteitag verweigert habe, verurtheile er.

Baker-Hamburg klagt über den mangelnden Verdienst der Parteipolportreure. Bebel habe gestern viel zu Grau in Grau geredet.

Fran Zettlin-Stuttgart. Die Rede des Genossen Hoffmann habe einen stark demagogischen Charakter gehabt. Der Gegensatz zwischen der Arbeit der schwierigen Faust und der Kopfarbeit sollte wieder einmal ausgespielt werden. Die Partei frage nicht, ob der Verfasser einer Broschüre Arbeiter oder Akademiker sei. Auf die Vertretung des sozialistischen Gedankens komme es an. In Hoffmann's Arbeiten spiele das Schlagwort eine bedenkliche Rolle. Auch für die große Masse sei das Beste gerade gut genug. Die Diskussion wird geschlossen.

Es wird aber noch folgender Antrag eingebracht: „Die Parteileitung wird beauftragt, ein Verzeichniß geeigneter agitatorischer und wissenschaftlicher wie Unterhaltungsliteratur als Führer für die Parteigenossen herauszugeben und zum Selbstkostenpreis abzugeben. In diesem Katalog sind alle geeigneten Schriften ohne Rücksicht der Person des Verfassers oder des Verlags aufzunehmen.“

Nach persönlicher Bemerkung von Fischer und Hoffmann erhält Gerisch das Schlusswort. Er erklärt sich entschieden gegen die Ueberführung des Offenburger Blattes in Partei-Regie. Die ganze Sache gehöre vor die Badische Landes-Organisation. Was die Ueberführung der Solinger Blätter anbelange, so beantrage er die Beschlußfassung darüber anzufügen, bis die Mandatsfrage für Solingen erledigt sei. Den Friedensschalmeien solle man nicht so ohne Weiteres Gehör schenken. Der Streit liege so tief, daß er wieder auflodern würde, wenn Schumacher auf die Kandidatur nicht verzichten sollte. Die Gegner Schumachers verlangen den Verzicht ohne jede Klausel. Eine weitere Schwierigkeit biete die unglückliche finanzielle Lage der „Freien Presse“, des Blattes der Freunde Schumachers. Er halte für die einzige Möglichkeit, die Streitfrage zu begraben, wenn Schumacher auf das Reichstagsmandat verzichte. Scher werde es freilich sein, einen anderen Kandidaten zu finden. Was im Falle dieser Kandidat für die Freunde Schumachers sagen würden, die auch noch eine offene Frage. In dem Schumacher feindlichen Kreise äußert man die Ansicht, wenn Schumacher das Mandat niederlegen wolle, so thun sie es nicht aus Friedensliebe, sondern um aus den finanziellen Schwierigkeiten der „Freien Presse“ herauszukommen.

Abg. Schumacher-Solingen befreit das in persönlicher Bemerkung. Singer schlägt vor, die Solinger Anträge jetzt zurückzustellen, sie aber später in einer Kommission beraten zu lassen. Bei der Abstimmung wird der Solinger Antrag bis zum Punkt Reichstagswahlen zurückgestellt.

Die Anträge auf Vervollkommnung der „Freien Stunden“ werden angeommen.

Die Herausgabe eines Agitationskalenders für die östlichen Provinzen wird abgelehnt.

Der Antrag auf Verbot der Verwendung patriotischer Bilder in Parteischriften mit großer Majorität abgelehnt.

Vor der Abstimmung über den Antrag Wiehoff-Basselhof: „Die Parteischristen sind gehalten bei Fremd- oder anderen Wörtern, welche in Schrift und Sprache verschieden sind, die deutsche Aussprache in Parantese oder Fußnote beizufügen“ beantragt

Killarg-Berlin statt Parantesen Klammern zu setzen. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag Wiehoff wird abgelehnt.

Der Antrag auf Herausgabe eines Katalogs agitatorischer und wissenschaftlicher wie Unterhaltungsliteratur wird angenommen.

Der Antrag Stollen wird in folgender Fassung mit großer Majorität angenommen:

„Die Parteileitung hat den offiziellen Parteitagbericht denjenigen Blättern, welche ihn zu haben wünschen, zur Verfügung zu stellen.“

Es folgt hierauf die Diskussion über die Kassensführung der Partei.

Weinher-Hamburg motiviert die Thatsache, daß Hamburg diesmal kein Geld zur Parteikasse abgeliefert habe, nur die Kosten für den Streit. Im Streitgebiet seien 400 000 Mark gelammt worden, das beweise den Opfermuth der Hamburger Genossen. Die Hamburger Hafenarbeiter dankten den Genossen im ganzen Lande für die großartige Vethätigung der Solidarität im Verlaufe dieses heldenmüthig geführten Kampfes.

Weitere Redner sind nicht gemeldet. Mit einem kurzen Schlusswort Gerisch's erreicht die Vormittags-Sitzung ihr Ende.

Nachmittags-Sitzung.

Die Nachmittags-Sitzung wird von Lesche-Altona eröffnet und geleitet.

Nachdem dem Parteikassirer Decharge erteilt worden, kommt der nächste Punkt der Tagesordnung „Bericht über die parlamentarische Thätigkeit“ an die Reihe.

Schypel hält das Referat im Anschluß an den gedruckt vorliegenden Bericht. Er behandelt zunächst die von der Partei gestellten Initiativanträge und beginnt mit dem Antrag auf Aufhebung der Majestätsbeleidigungs-Paragrafen. Bei der heutigen Zusammenkunft des Reichstages sei der Antrag natürlich aus-schließlich gewesen, seinen agitatorischen Zweck habe er jedoch erfüllt. Der Antrag habe nicht den Zweck gehabt, die Majestät nun ungestraft beleidigen zu lassen, er sollte nur bewirken, daß die Majestät den anderen Staatsbürgern gleichgestellt würde. Bei der herrschenden Gewohnheit, wo förmliche Personen ihre Meinung in politischen Dingen in scharfer Weise kundzugeben, sollten Erwiderungen gestattet sein und unter dem Schutze des § 193, der von der Wahrnehmung berechtigter Interessen handelt, stehen. Die bürgerlichen Parteien hätten sich dazu nicht verstehen können und die sozialdemokratische Partei völlig im Stich gelassen. Fast ebenso sei es der Partei mit anderen Anträgen gegangen; einen theilweisen Erfolg habe der Antrag auf Aufhebung der Gesindeordnung gehabt. In sozialpolitischer Hinsicht sei etwas für die Handlungsgehilfen geschehen, die sog. Kontingenzklausel sei beschränkt worden, dagegen sei in Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit der sozialdemokratische Antrag auf die Einführung des Achtstundentages rund abgelehnt und dafür ein Antrag Dize angenommen, für den auch Stumm hätte stimmen können. Immerhin sei es falsch, zu sagen, die Sozialreform sei vollständig eingeschlagen. Die Verhältnisse drängten weiter und diesem Drängen könne sich die Regierung doch nicht ganz entziehen.

Es liegen folgende Anträge vor: 1. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird beauftragt: Gegen die ungleichen und mißbräuchliche Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung vor dem Reichstag Beschwerde zu führen und insbesondere darauf hinzuweisen, daß das, was dem Arbeitnehmer auf Grund dieses § verboten ist, dem Unternehmer ungehindert gestattet ist.

2. Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, eine Interpellation betr. die Handhabung des § 159 der Gewerbeordnung durch Polizei und Justiz einzubringen.

3. Die Regierung aufzufordern, in den Etat eine Summe einzustellen, aus der Personen, die in Folge hereinbrechender, unvorhergesehener Naturereignisse geschädigt werden, schadlos zu halten sind.

4. Die Reichstagsfraktion möge auf die Anstellung von weiblichen Fabrikinspektoren und die Revidierung auch der kleinen Betriebe hinwirken.

5. Die Fraktion möge die Wiedereinführung der dreijährigen Legislaturperiode beantragen.

6. Die Fraktion möge auf baldige Aenderung der Seemannsordnung hinwirken im Sinne des schon früher von der Partei gestellten Initiativ-Antrages.

7. Die Fraktion wird beauftragt, im Reichstage sofort nach dessen Zusammentritt den Antrag einzubringen, daß die Ausschließung des Gewerbegerichts durch Vereinbarung der Parteien für ungültig erklärt werde. Außerdem solle den Gewerbe-Inspektoren als Pflicht auferlegt werden, bei jedem größeren Streit behufs Anbahnung eines Vergleiches mit beiden Parteien in Unterhandlung zu treten.

In der Diskussion begründet Schypel-Leipzig den Antrag, die mißbräuchliche Anwendung des § 153 zur Sprache zu bringen mit der Anführung zahlreicher ganz dramatischer Gerichtsurtheile, die man als Klassenurtheile bezeichnen könne. Als neulich gesagt wurde, schwerste Strafe gebühre demjenigen, der Arbeitsgenosse an freiwilliger Arbeit hindere, hätten die Gerichte sich diesen Witz sehr schnell ad notam genommen.

Sindermann-Dresden spricht der Fraktion seinen Dank

für ihre erfolgreiche Thätigkeit aus, bemängelt aber, daß von den Genossen Niemand zum deutsch-amerikanischen Handelsvertrage gesprochen habe.

Hoffmann in Hamburg zeigt an zahlreichen Beispielen die Nothwendigkeit der Reform der Seemannsordnung, die ebenso nothwendig sei wie die Aushebung der Seefahrtsordnung.

Hug in Bant bringt die Arbeiterentlassungen zur Sprache, die von der kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven aus politischen Gründen erfolgt sind. Die Gründe für die Entlassungen seien Sammlungen für den Hamburger Streik gewesen, oft der bloße Verdacht maßgebend gewesen. Diese Entlassungen seien vollständig zu Unrecht erfolgt. Wenn Herr Hoffmann etwas Anderes gesagt habe, so sei er ganz falsch unterrichtet worden.

Sch. Hanan bekräftigt seinen Antrag, nach welchem durch Vereinbarung der Parteien die Ausschließung des Gewerbegerichts nicht erfolgen soll, die Gewerbeinspektoren die Vermittlung bei Streiks übernehmen sollen.

Parteis. Ulber bekräftigt die bekannten Ulberer Urtheile auf Grund des § 153 während der Ulberer Streiks. Möge man doch gleich sagen: Ihr habt kein Recht zum Streik und wenn Ihr streikt, werdet Ihr bestraft. Dann wissen die Arbeiter wenigstens genau, was sie von der heutigen Gesellschaft zu halten haben.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt den Antrag auf Einführung weiblicher Fabrik-Inspektoren. In Weimar habe man jetzt eine Dame aus Frankreich zur Inspektion hinzugezogen, die aber gar nichts vom Fabrikbetriebe verstehe. Natürlich aus dem Arbeiterstande wähle man keine Inspektoren. Die Arbeiter hätten die Dame zu keiner Bequemlichkeit mitgebracht, erst einige Zeit später erfuhr sie die wahre Bedeutung des weiblichen Besuchs.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt für Abschaffung des § 153 ein, nach ihren Erfahrungen beim Hamburger Fabrikarbeiter-Streik.

H. A. N. A. N. A. Berlin: Auf die vorliegenden Anträge will ich nicht eingehen. Die Ausführungen des Genossen Hug haben mich aber veranlaßt einen Vorschlag zur Sprache zu bringen, der für die Arbeiterklasse von großem Interesse sein dürfte. Genosse Hug hat den Verdacht ausgesprochen, daß auf der Wilhelmshavener Werft Delatoren beschäftigt werden, welche die Arbeiter denunziren. Ich glaube, eine Thatsache mittheilen zu können, die diesen Verdacht zur Gewißheit werden läßt. Vor mehreren Monaten wurde mir von einer bestimmten Stelle die Mittheilung gemacht, daß die Berliner Polizei Angehörige der Polizei nach Süddeutschland in bestimmte Fabriken geschickt hat, die sich dort als Arbeiter verdingen sollten, um die Arbeiter zu überwachen. Es wurde mir eine Fabrik ausdrücklich genannt. Es ist die Fabrik eines süddeutschen Großindustriellen, der in politischen wie auch in sozialpolitischen Fragen eine große Rolle spielt. Die von der Polizei abgeordnete Person wurde mir so genau gekennzeichnet, daß ich mich an den Genossen Dreese wandte und habe mit der Bitte, nach dieser Person in der betreffenden Fabrik zu recherchiren und falls sie wirklich dort sei, die Arbeiter vor diesem Arbeitskollegen zu warnen. Ich habe den Namen Dreese genannt und will hinzufügen, daß es sich nicht um eine Mannheimer, überhaupt um keine badische Fabrik handelt. Genosse Dreese hat recherchirt und thatsächlich die gekennzeichnete Person in der Fabrik gefunden. (Rufe: Hui.) Sie sehen, mit welchen Mitteln gegen uns gekämpft wird. Ich hielt es für angebracht, diesen Fall vor der weitesten Öffentlichkeit zur Kenntniß zu bringen, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich vorzusehen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

H. A. N. A. N. A. bekräftigt die Anträge, die das Koalitionsrecht behandeln. Er weist auf einen Fall in Kottbus hin, in dem die Polizei die Streikenden zuerst friedlich mit den Arbeitswilligen verhandeln lassen, dann aber jede Beeinflussung zu verhindern versuchte. Sie „schickte“ sie sogar vor dem „Gyrieren“ auf der Straße, weil dies grober Unfug sei. Vielleicht bestraft sie nächsten auch noch die Streikenden, die den Arbeitswilligen den Hintern zulehnen.

„Aus Anlaß der Gerichtsverhandlung über den Tod des Lehrers Grütler wird in der Tagespresse der Staats-Eisenbahnerverwaltung ein Vorwurf daraus gemacht, daß die Hüge auf der Strecke Terespol-Schweh nicht mit einer Zugleine versehen seien, und daß denselben außer Lokomotivführer und Heizer besonderes Begleitpersonal nicht beigegeben werde. Die genaunte Eisenbahn ist eine Nebenbahn; auf solchen wird allgemein eine Zugleine nicht mitgeführt (1), weil die Bahnordnung für Nebenbahnen eine solche nicht vorschreibt (1). Auch die Einrichtung, daß dem Lokomotivführer zugleich der Zugführer mit übertragen ist, widerspricht nicht einer Vorschrift (1). Diese Einrichtung besteht seit mehr als zehn Jahren auf einer Reihe von Nebenbahnen, welche wie die Terespol-Schweher sehr einfache Betriebs- und Verkehrsverhältnisse aufweisen, ohne daß sie bis jetzt zu Unzuträglichkeiten für das Publikum oder für das Bahnpersonal geführt hat. Es würde nicht wirtschaftlich sein und den Ausbau von Nebenbahnen und von Nebenbahnen gegen das allgemeine Interesse des Landes hemmen, wenn für Schienenwege mit so einfachen Verkehrsverhältnissen der gleiche Verwaltungsapparat zur Anwendung gebracht würde, wie er für Hauptbahnen richtig und notwendig ist. In dem vorliegenden Falle wäre es bei der stärkeren Anghengung an dem Wahlsache zweckmäßiger gewesen, wenn dem Lokomotivführer ein weiterer Begleitbeamter beigegeben worden wäre, wie dies bei für besondere Anlässe gegebenen Vorschriften geschehen würde. Ob damit das Verbrechen verhindert worden wäre, erscheint allerdings zweifelhaft.“

Diese interessante Kundgebung anerkennt in offener Weise, daß für die preussischen Bahnen das fiskalische Interesse ganz allein maßgebend ist. Aus Sparfamleitsrückichten hat man das Zugpersonal der Nebenbahnen auf die einzige Person des Lokomotivführers reduziert, und damit ein kleines Sämmchen Geld erspart, das dem Militarismus zu Gute kommen kann. „Seit mehr als zehn Jahren“ hat man in dieser Weise fortgewirtschaftet, und nun, da in einem aufsehenerregenden Falle die Mißstände an die Öffentlichkeit gebracht werden, sucht man das Publikum, welches für sein gutes Geld statt einer möglichst sichern Beförderung die Wahrscheinlichkeit erkaufte, mittels der Eisenbahn vom Leben zum Tode befördert zu werden, durch den Trost zu beruhigen, es sei zehn Jahre lang gut gegangen.

Von der Steuerfreiheit der Standesherrn. In dem Jahre 1824 hatte der Herzog Prosper Ludwig v. Arenberg, einer der reichsten Großgrundbesitzer und Industriellen, einen Vertrag mit der preussischen Regierung abgeschlossen, wonach ihm diese seine standesherrliche Steuerfreiheit für eine jährliche Abfindungssumme von 13 500 Thalern abgekauft hatte.

Die Abfindungssumme ist auch immer gezahlt worden, und auch das jetzige Haupt der Familie, der Herzog Engelbert von Arenberg, hat diese jährliche Summe angenommen. Neuerdings hat er jedoch seine frühere Steuerfreiheit wieder beansprucht. Allen Anschein nach hat ihm hierzu das preussische Gesetz vom 18. Juli 1892 Veranlassung gegeben, das allen standesherrlichen Familien, die ihre Steuerfreiheit „im gerichtlichen Verfahren zur Anerkennung gebracht haben oder noch bringen werden“, eine sehr bedeutende Kapitalsentschädigung für die Aufhebung dieser Freiheit zusichert.

Der Herzog ist nun gegen den preussischen Fiskus Klager geworden mit dem Antrage auf gerichtliche Feststellung, daß er von ordentlicher Personalsteuer frei sei. Als der Fiskus sich auf den Vertrag von 1824 berief, verleugnete der Herzog seinen Vorfahr, von dem er nicht nur die Standesherrschaft übernommen hatte, sondern dessen persönlicher Erbe er sogar geworden war, und erklärte, er sei an diesen Vertrag nicht gebunden. Denn nach dem „Privatfürstenrecht“ der standesherrlichen Häuser sei das Haupt der Familie ohne Zustimmung der vorhandenen männlichen Agnaten zum Abschluß derartiger Verträge nicht befugt.

Die Klage des Herzogs ist in allen drei Fassungen abgewiesen worden. Aber die Begründung zeigt, wie nahe daran es war, daß die Entscheidung auch anders hätte fallen können. Das Urtheil des Reichsgerichts (4. Zivilsenat) vom 11. Mai 1896 (Entscheidungen in Zivilsachen Bd. 37, S. 349) führt aus: „Daß die von dem Haupte einer standesherrlichen Familie über die Privilegien der Familie und ihrer Mitglieder ohne deren Beitrag errichteten Verträge für diese nicht rechtsverbindlich sind, ist von der Rechtslehre und auch von der Rechtsprechung anerkannt. Dieser Rechtsatz findet jedoch im gegebenen Falle auf den Kläger keine Anwendung. Hierbei kann es unerörtert bleiben, welche rechtliche Wirkung dem Umstande beizulegen ist, daß der Kläger Erbe des Herzogs Prosper Ludwig v. A., des unmittelbaren Kontrahenten, geworden ist. Entscheidend ist, daß der Kläger in den Vertrag, den der Herzog Prosper Ludwig v. A. ausdrücklich für sich und seine Nachfolger geschlossen hat, eingetreten ist, indem er seit dem Uebergange der Standesherrschaft auf ihn die durch den Vertrag . . . als Gegenleistung für den Verzicht . . . zugesicherte jährliche Abfindung . . . angenommen hat. Damit hat er den Vertrag als auch ihn verbindend in rechtswirksamer Weise anerkannt.“

Mit Recht bemerkt dazu die letzte von Jastrow herausgegebene Nummer der „Sozialen Praxis“: „Wäre der Uebergang der Standesherrschaft zufällig nicht schon vor längerer Zeit, sondern eben erst beim Erlaß des Gesetzes von 1892 erfolgt, und hätte der „regierende“ Herzog daraufhin die jährlichen Abfindungen nicht mehr angenommen, so hätte man es möglicherweise erleben können, daß der preussische Staat ungefähr siebenzig Jahre lang eine hohe Entschädigung bezahlt hat, um schließlich die Steuerfreiheit noch einmal abzukaufen.“

Stöcker rehabilitirt. In der bekannten Klagesache des Pfarrers Witte gegen den Hofprediger Stöcker wurde Donnerstag vor dem Landgericht II verhandelt, nachdem das Kammergericht das erste Urtheil, durch das Stöcker wegen Beleidigung zu 500 Mk. Geldstrafe verurtheilt worden war, aufgehoben hatte. Stöcker bestritt

jede Schuld; denn er habe sich nur in der Gegenwehr befunden. Er sei auch unschuldig an Witte's Unglück. Die Verhandlung drehte sich hauptsächlich darum, ob der bekannte Brief Stöckers an Grüneberg existire oder eine Fälschung sei. Der Zeuge Grüneberg, der den Eindruck eines Kranken macht, vermag nicht mehr bestimmte Aussagen zu machen. Nach siebenstündiger Verhandlung fällt der Gerichtshof folgendes Urtheil: Das Gericht hatte nicht für erwiesen, daß Stöcker den Brief an Grüneberg, dessen ganzes Auftreten höchst zweifelhaft sei, geschrieben hat. Es sei wahrscheinlich, daß Frau Witte das Opfer der Täuschung eines Fälschers geworden ist. Der Beklagte Stöcker habe sich objektiv zweier Beleidigungen schuldig gemacht. Der Gerichtshof billigt ihm aber in vollem Umfange den Schutz des § 193 zu, da die beiden Artikel in der Form nicht beleidigend, sondern sachlich gehalten seien. Der Privatbeklagte sei, namentlich nachdem er im Abgeordnetenhaus direkt provoziert worden, unmittelbar zu den Artikeln veranlaßt worden. Er wolle damit nicht den Kläger beleidigen, sondern sich selbst rechtfertigen. Deshalb sei auch unter den Umständen, unter denen die zur Abwehr bestimmten Artikel geschrieben seien, eine Beleidigung nicht zu finden, und der Gerichtshof habe deshalb den Angeklagten Stöcker ganz freigesprochen und die Kosten, einschließlich der nothwendigen Auslagen, dem Kläger auferlegt.

„Grober Unfug“. Die erste Strafkammer des Landgerichts München I publizierte heute in der Berufungssache des Redakteur des „Städt. Postillon“, Genosse Ed. Fuchs, wegen „groben Unfugs“ folgendes Urtheil:

Das schöffengerichtliche Urtheil vom 1. Juli dieses Jahres — das bekanntlich eine Haftstrafe von acht Tagen ausgesprochen hatte — wird aufgehoben und der Angeklagte unter Ueberbürdung der Kosten beider Instanzen auf die Staatskasse freigesprochen.

Zur Begründung dieses Freispruchs führt das Berufungsgericht aus:

Die von dem Angeklagten eingelegte Berufung ist sowohl formell als materiell begründet. Daß grober Unfug auch durch die Presse verübt werden kann, steht nach der konstanten Rechtsprechung fest. Voraussetzung dabei aber ist, daß die intrinseke Preßäußerung geeignet ist, die Ruhe und Ordnung zu stören. Nicht jede Auslassung, durch die einzelne Personen beunruhigt werden, ist als solche zu bestrafen, denn nicht der Unfug, sondern der grobe Unfug ist strafbar. Die Verächtlichmachung und Beschädigung des Publikums muß eine erhebliche schwere sein, durch die der allgemeine Friede gestört wird. Der § 360 Ziffer 11 ist keine allgemeine subsidiäre Strafbestimmung, mit der man alles treffen kann, was sonst nicht zu treffen ist. Die Veröffentlichung des Gedichtes „Rebecca's Tod“, aller treuen Hundeseelen gewidmet, wäre unter bestimmten Voraussetzungen grober Unfug, wenn nämlich damit eine gröbliche Beschimpfung und Verhöhnung aller Patrioten beabsichtigt gewesen wäre. Der Angeklagte bestritt dies und erklärte, daß er nur eine ganz bestimmte Sorte von Bismarckverehrern geißeln wollte. Diese Behauptung ist in keiner Weise widerlegt worden. Das fragliche Gedicht ist eine geschmacklose Auslassung, aber eine berechtigte Kritik eines bis zur Geschmacklosigkeit gesteigerten Bismarckkultus. Das Gericht konnte deshalb auch dem Erstrichter nicht bestimmen. Aber selbst wenn man eine unmittelbare Beunruhigung des Publikums annehmen wollte, würde es an dem Thatbestandsmerkmal der Erheblichkeit fehlen. Der Bismarckkultus hat untreulich viele Auswüchse gezeitigt. Ein politisch-satirisches Blatt muß naturgemäß stärker auftragen, als ein ernstes politisches Blatt, aber das Publikum wird hierdurch noch nicht verletzt. Deshalb kann man auch in der Veröffentlichung des erwähnten Gedichtes keinen groben Unfug erblicken.

Unter dem neuesten Kurs wurde von deutschen Richtern im Monat September in Prozessen politischer oder gewerkschaftlicher Natur gegen deutsche Arbeiter erkannt auf insgesammt 2130 Mk. Geld- und 8 Jahre 10 Mon. 1 Woche und 2 Tage Gefängnisstrafe.

Spanien.

Zusammengebrochen ist endlich die fluchbelastete Herrschaft des Konservatismus. Zu der Wucht der allgemeinen Verachtung, unter der er stand, kam eine kirchliche Aktion, welche den Sturz des Ministeriums Azcarraga beschleunigte. Noch immer ist der Klerus allmächtig im Lande der Kastanien — noch immer kann das Priestertum die gläubigen Massen, ihr Gefühl und ihr Thun, für seine Zwecke in Anspruch nehmen. Der Banstrahl des Bischofs von Maleria gegen den spanischen Finanzminister entschied das Schicksal des Gesamtministeriums. Dasselbe verlangte und erhielt seine Entlassung, nach dem es beim Papst vergeblich Hilfe gesucht.

Damit ist der vollständige Bankrott des Konservatismus in Spanien besiegelt. Nun ergeht der Ruf: „Rettet den Staat“ an die Liberalen. Ein Mann, der schon mehrfach die Regierung in Händen gehabt hat, ohne dem Lande zu nützen, Sagasta, ist mit Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt worden. Kein unbefangener Politiker vermag zu glauben, daß es ihm gelingen wird, das unglückliche Land aus der furchtbaren Zerrüttung, in die es versunken ist, zu erheben. Die Kirche wird nicht lange ein liberales Ministerium sich gefallen lassen, zumal wenn dasselbe versuchen sollte, ihr gegenüber das durch die Exkommunikation des Finanzministers Navarro Reverter arg geschädigte Ansehen der Staatsgewalt wieder herzustellen. Sagasta ist noch nie zu einer schlimmeren Zeit an die Spitze der Regierung getreten als jetzt, und man kann nur seinen Muth bewundern, wenn er dem an ihn ergehenden Rufe Folge leistet. Spanien hat nicht bloß eine Ministerkrisis, sondern eine Regierungskrisis und möglicher Weise auch eine Verfassungskrisis und Dynastiekrisis. Sagasta wird den General Weyler abberufen und den Kubanern eine Autonomie gewähren; dadurch hofft er den Krieg auf Kuba zu beenden. Aber es ist sehr fraglich, ob es dazu nicht schon zu spät ist, da die Kubaner längst nicht mehr die Autonomie, sondern die volle Selbst-

Politische Rundschau.

Deutschland.

Durchaus vorwärtsmäßig ist der Zustand auf der Eisenbahnstrecke Terespol-Schweh, wo der Lokomotivführer das ganze Zugpersonal vorzustellen hat und eine Nothleine als vollständig überflüssiger Luxus erscheint. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht folgende interessante Beschwichtigungsnote:

ständigste erstreben. Und wie will Sagasta der Leere des Staatschaks, dem Elend und der Verzweiflung im Volke, der Korruption der Verwaltung und der Justiz, der Uebermacht der Kirche, dem Republikanismus und dem unheimlich angewachsenen Karismus Steuern? Das sind ebenso viel Räthsel wie Fragen, die zu lösen einem Sagasta schwerlich gelingen werden. Das spanische Volk muß eine gründliche Umgestaltung, eine Neugeburt aus dem Geiste des demokratischen und sozialistischen Prinzips heraus durchmachen, wenn ihm geholfen werden soll.

Lübeck und Nachbargebiete.

6. Oktober.

Achtung Holzarbeiter! Nach den Möbelfabriken von Gehl, Wasserstradt, W. Senff, S. M. Th. Wahrdt, J. P. S. Pamperin, F. Schramm, sowie Demuth u. Co., ist der Bezug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Kohde, Lederstraße 3. Die Arbeiterblätter werden im Abdruck gebeten.

Die Lohnkommission der Holzarbeiter

Ein Akt von politischer Bedeutung war nach der fachverständigen Ansicht der „Eisenbahn-Btg.“ die von den Hirsch-Dunckerianern am Sonnabend in der Flora veranstaltete Goldschmidt-Veranstaltung. Wir glauben das gerne, und sehen den Beweis dafür in dem kolossalen Besuch, welches selbige sich zu erfreuen hatte. 80 Mann, davon gut 50 pCt. Fabrikanten und ähnliche Arbeiter — wenn das keine großartige Leistung ist, mögen die Gegner der Harmoniebrüderlein sich hängen lassen! Es hat natürlich wieder „kein Apfel zur Erde fallen“ können. Was Goldschmidt redete, waren die altbekannten Argumentationen der gewerkschaftlichen Friedenskompeten, die noch dadurch einen etwas komischen Beigeschmack gewannen, daß er auf Lübecker Zustände exemplifizierte, offenbar, ohne sie zu kennen. Wenn er zum Beispiel betonte, daß die H.-D. für Verkürzung der Arbeitszeit einträten, so vergaß er, daß seine Lübecker Verbands-genossen sich durchweg aus Leuten rekrutieren, welche das Bestreben großer Arbeiterschichten, in dieser Richtung Erfolg zu erzielen, mit Eifer illusorisch zu machen bemüht sind. Er vergaß, daß das ganze Hirsch-Duncker'sche Experiment hier am Orte dem Bedürfnis entspreng, Arbeitswillige, Bekämpfer des Fortschritts der eigenen guten Sache, zu organisieren und dem Unternehmertum eine jederzeit willfährige Sturmfronte gegen die Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit zu schaffen. Er vergaß, daß Vorstandsmitglieder in ganz Deutschland umhergewandert sind, um ihren Arbeitgebern Ersatz für streikende Arbeiter zu werben. Er vergaß, daß, wenn hier und anderswo große aussichtsvolle Streiks verloren gegangen sind, dies in vielen Fällen in erster Linie dem unsolidarischen Verhalten seiner eigenen Gesinnungsgenossen zu danken ist. Das hätte er sich vor Augen halten sollen, ehe er über Streiks u. s. w. seine Weisheiten vom Stapel ließ. — Was er weiter über die Kinderarbeit ausführte, zeigt so recht seinen ganzen manchesterlichen Unverstand. Nicht das profitwühlige Unternehmertum, nicht das Böller zerrüttende und degenerierende kapitalistische Wirtschaftssystem — dessen geachteter Vertreter er ist — sind Schuld an der Ausbeutung der Jugend, sondern — die unverantwortlichen Eltern! Herr Goldschmidt, der große Politiker — war er doch eine Zeit lang Reichstagsabgeordneter — mag sich sein Schulgeld zurückgeben lassen: auf sozialpolitischen Gebieten hat er, ebenso wie das Gros seiner Parteigenossen, noch nicht das ABC tapirt. — Uns beweist die geradezu kläglich verlaufene „Massenversammlung“ die absolute Bedeutungslosigkeit der hiesigen Gewerkschaftsbewegung. Und sie ist erbärmlich. Eine Organisation, deren A und O das Liebkindspiel beim „guten“ Fabrikanten ist, wird sich nie das Vertrauen der Massen erwerben. Dafür sorgen eben die „guten“ Fabrikanten.

Ein Mißgeschick ist der „Eisenb.-Btg.“ widerfahren. Unsere Leser werden sich eines gewissen Tischlers Hartwig erinnern, welcher vor einiger Zeit dem „Lübecker Volksbote“ eine geharnischte „Berichtigung“ bezüglich einiger Reisen nach Kopenhagen und Schönborg zusandte, Reisen, welche er auf Kosten der streikenden Möbeltischler machte, um schließlich wieder in die Fabrik von Demuth u. Co. zurückzukehren. Die „Eisenb.-Btg.“ nahm sich dieser „armen Leute“ damals mit besonderer Liebe an. Jetzt hat ihr Freund ihr in der Flora-Veranstaltung einen Streich gespielt, und sie sucht ihn auf uns abzuwälzen. Sie thut das mit aller ihr zu Gebote stehenden, angeborenen Tölpelhaftigkeit. Es heißt in ihrem Versammlungsbericht:

Hartmann (soll Hartwig heißen), Tischler, der sich unter Beilegung seiner Gesinnung (?) in den Gewerksverein eingeschlichen hat, erklärt unter lautem Toben, er sei Sozialdemokrat (?), nennt die vom Gewerksverein Dämmer der Fabrikanten, und behauptet, diejenigen, welche ihn nach Kopenhagen geschickt, seien die Dummen. (Die hier freitenden Tischler suchten bekanntlich die hier eintreffenden Arbeitswilligen durch Gewährung von Reisegeld nach K. abzuschleichen. Darnach scheint Herr Hartmann seine eigenen Parteigenossen überwörtelt zu haben. D. Neb.)

Das ist wirklich amüsant. Als wir das Gebahren des H. gebührend kritisierten, ging man uns mit „Berichtigungen“, in denen die „E.-B.“ als Kronzeugin angerufen wurde, zu Kleide, jetzt mit einem Male soll nach Ansicht der „E.-B.“ H. seine „Parteigenossen“ über vorthelt haben. Hoffentlich erhält die „E.-B.“ wegen letzterer Behauptung nicht durch Vermittelung des Herrn Dr. Götz eine von sittlicher Entrüstung tiefende Berichtigung.

Wir haben mit Hartwig nichts gemein. Parteigenosse ist er, soweit uns bekannt, nie gewesen, und aus

dem Holzarbeiter-Verbande, dem er eine Zeit lang angehörte, sind er, Herr Siebenschur und noch ein drittes ehemaliges Mitglied aus selbstverständlichen Gründen ausgeschlossen worden. Daß er sich jetzt zum Schreckenskinde seiner Freunde und Gönner auswächst, ist ja sehr bedauerlich; wir sind aber nicht in der Lage, dies zu ändern.

Stadttheater. Morgen, Donnerstag, gelangt Weber's beliebte Oper „Der Freischütz“ zur Aufführung. Den „Max“ singt Herr Borgmann, den „Caspar“ Herr Blas, als „Agathe“ stellt sich Fr. Hinrichs, und als „Knechtchen“ die Soubrette Fr. Groß dem hiesigen Publikum vor. Zum ersten Male in dieser Spielzeit geht am Freitag das in voriger Saison mit großem Beifall aufgenommene musikalische Schauspiel „Der Evangelimann“ von Kienzel mit theilweiser neuer Besetzung in Szene. Interessiren dürfte es, daß heute im Berliner Opernhaus „Der Evangelimann“ zum 45. Male gegeben wird.

Cirkus Variete, Reuterkng. Eines ausverkauften Hauses hat sich fast allabendlich dieses Vergnügungstokal zu erfreuen. Der Raummangel gestattet uns nicht, auf alle durchweg guten Nummern des reichhaltigen Programms zurückzukommen, jedoch möchten wir Thierfreunde auf die brillante Dressur der 6 niedlichen Wagnon-Hündchen des Mr. Cabaret verweisen. Der unverwundliche Komiker Heinrich Kohnberg und der Imitator Jean Paul sind stets des besten Erfolges sicher. The Trilby's, engl. Gesangs- und Tanzduett, mußten sich auf stürmisches Verlangen zu einigen Extratouren verstehen. „Pyramidal“ — man entschuldige diesen Ausdruck — sind die Vorführungen der 5 Geschwister Wellager, die Orgelpfeifen-Truppe, sowie die Balance-Evolutionen am Trapez. Die Marmorstucien auf einer Kugel verdienen Interesse. Alles in Allem können wir auch dem zweiten Spielplan einen durchschlagenden Erfolg garantieren.

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen einen Laufburschen, welcher der Unterschlagung, und gegen ein Dienstmädchen, welches des Diebstahls zum Nachtheil einer Freundin beschuldigt wird.

Eine recht nuhergelegte Beschuldigung liegt anscheinend der Anklage zu Grunde, welche gestern vor dem Schöffengericht gegen einen früher in der Tonhalle beschäftigten Geiger verhandelt wurde. Derselbe sollte angeblich einem zur Damenkapelle, in welcher er mitwirkte, gehörigen Mädchen eine goldene Uhr gestohlen und später aus Furcht vor Entdeckung in einem Strohsack versteckt haben. Die Beweisaufnahme gestaltete sich für den seit 4 Wochen in Untersuchungshaft Sitzenden so günstig, daß er nicht nur freigesprochen, sondern auch seine Verteidigungskosten der Staatskasse auferlegt wurden. Wer entschädigt ihn aber für das Uebrige?

Das Gewerkschaftskartell verhandelte in seiner gestrigen Sitzung über die Differenzen zwischen dem Verbands der Bäcker und der Innung. Die Vertreter des Verbandes führten bittere Klage über das Verhalten der Innung. Vor einem Jahre sei in gemeinschaftlicher Versammlung über die Errichtung eines Arbeitsnachweises verhandelt worden, man habe beiderseits Kommissionen gewählt und berathen, schließlich habe aber die Innung die Gesellen sitzen lassen, den Verkehr mit ihnen ohne Grundangabe abgebrochen und nunmehr auf eigene Faust einen Arbeitsnachweis eingerichtet, welchen man aber ganz einfach „Arbeitsnachweis der Bäcker-Gesellen“ betitelt habe. Daraufhin hatten die organisierten Bäcker-Gesellen gleichfalls einen Arbeitsnachweis errichtet und um Anerkennung desselben die Meister ersucht. Letzteres sei nur von M. K. a. f., Hüßstraße 52, S. Klotz-Stockelsdorf und Hamann, Jackenburger Allee 57 a, geschehen. Die Frage wurde im Kartell einer eingehenden, sehr sachlichen Beratung unterzogen, welche zu dem Resultat führte, daß eine fünfgliedrige Kommission gewählt wurde, welche mit der Innung verhandeln soll.

In das Handelsregister ist eingetragen am 4. Oktober a. f. Blatt 957 bei der Firma „Paul Würzburg“: Die Procura des Gustav Goldschmidt ist erloschen; auf Blatt 1642 bei der Firma „Rudolph Meyer“: Die Firma ist erloschen; auf Blatt 2007 die Firma „Weichel u. Meyer“: Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: 1) Simon Heinrich Friedrich Weichel, Kaufmann in Lübeck; 2) Hans Heinrich Friedrich Rudolf Meyer, Kaufmann in Lübeck. Offene Handelsgesellschaft seit dem 28. September 1897.

Hamburg. In der letzten Sitzung der Bürgerschaft macht das Mitglied Herr S. J. F. Wittmaack aus Anlaß der Senatsvorlage wegen Erhöhung der Honorare der Richter und des Oberstaatsanwalts beim Hanseatischen Obergericht die Bemerkung, „daß die Staatsanwälte sich zu wenig um die Verbrecher bekümmerten und namentlich um die Bankrotteure“. Redner führte hierbei einen drastischen Fall an, daß ein Bankrotteur Jahre lang sein Geld verprast habe, und daß die Gläubiger schließlich einen enormen Verlust bei dem leichtfertigen Konkurse gehabt hätten. Der Oberstaatsanwalt hat, wie das „Fremdenbl.“ berichtet, in Folge dieser Äußerung Herrn Wittmaack nun zu einer Konferenz vorgeladen und ihn ersucht, den Namen des Bankrotteurs zu nennen. Wie wir erfahren, hat Herr W. es abgelehnt, einen Namen zu nennen, unter dem Hinweis, daß er durch die Verfassung, welche die Redefreiheit der Bürgerschaftsmitglieder schütze, zu einer Nennung des Betreffenden nicht verpflichtet sei. Der Oberstaatsanwalt hat im weiteren Verlauf der Unterhandlung darauf hingewiesen, daß es sich in diesem Falle nicht um die Redefreiheit in der Bürgerschaft handele, sondern um eine Zeugenaussage. Man darf auf den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit gespannt sein.

Hamburg. Ueber eine Meuterei auf dem Dampfer „Ruhrott“ wird aus Rön berichtet:

Auf dem Dampfer „Ruhrott“ brach auf der Fahrt von Hamburg nach Rön eine Meuterei aus, wobei der Kapitän von der Mannschaft des Schiffes lebensgefährlich verletzt wurde. Auf einer Zwischenstation wurden die Meuterer verhaftet. Sie hatten es auf die Verabreichung des Kapitäns abgesehen. Diese Nachricht erscheint uns sehr unglaubwürdig und bedarf jedenfalls der Bestätigung.

Neumünster. Deutsch-freisinniger Parteitags für Schleswig-Holstein. Am Sonntag wurde im Bahnhofshotel unter dem Vorsitze des Prof. Dr. Jensen-Riel der Parteitags der Deutsch-freisinnigen Partei für Schleswig-Holstein abgehalten. Es waren zu demselben reichlich 180 Vertrauensmänner der Partei aus allen Theilen des Landes erschienen; anwesend waren auch die Abgeordneten Lorenzen, Thomsen und Dr. Barth. Vom Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses, Professor Dr. Jensen-Riel, wurden die Verhandlungen mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Nachdem hieß der Abgeordnete Dr. Barth einen einstündigen politischen Vortrag. Dann nahm Professor Dr. Hänel-Riel das Wort zu einer halbständigen Ansprache. Darauf folgte die Berichterstattung über die Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen. Als Kandidaten wurden nominiert: Lorenzen für Schleswig, Thomsen für Dithmarschen, Dr. Hänel für Riel-Neumünster, Pastor a. D. Hoeck für Plön (von anderer Seite wird Hofbesitzer Schmidt-Navighorst als Kandidat genannt), Hofbesitzer Hüttig für Lauenburg. Die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses (Dr. Uhlmann, Professor Dr. Jensen und Chefredakteur Niepa-Riel), sowie diejenigen des Landesausschusses wurden durch Zuzug wiedergewählt, hinzugewählt wurde Journalist W. Fröhlich aus Flensburg.

Lübecker Stadttheater.

„Martha oder der Markt zu Richmond“. Plotow's melodische komisch-romantische Oper ging am Dienstag Abend vor ziemlich gut besetztem Hause in Szene. Dieselbe war jedenfalls gewählt worden, um unseren lyrischen Tenor, Herrn van Humalda, Gelegenheit zu bieten, sein Können in der ihm besonders günstig liegenden Partitur des Lyonel zu zeigen. Eine nicht sehr hohe, aber ungemein weiche und ansprechende Stimme, die noch den ersten Schmelz besitzt, ist es, über die der Sänger verfügt, und die ihm auch besonders nach der vorzüglichen Wiedergabe der Arie „Ach so fromm“ reichen und wohlverdienten Beifall eintrug. Ueber die Darstellung seiner Rolle ist nicht viel Gutes zu berichten, aus jeder seiner Bewegungen blickte die Angst und das Lampenfieber heraus, von welchem letzterem Uebel aber wohl noch kein Anfänger verschont blieb. Soviel ist schon jetzt zu erkennen, daß im diesem Jahre unsere Bühne über sehr gute Tenorstimmen verfügt, wie überhaupt der männliche Theil unseres Opernpersonals in diesem Jahre durchweg besser zu sein scheint als in dem Vorjahre. Eine recht gute Leistung bot auch Herr Blas als Blumkett, der durch sein humorvolles Spiel und seinen schönen Gesang reichen Erfolg erzielte. Mit der Wiedergabe der Martha durch Fr. Malte konnten wir uns im Großen und Ganzen zufrieden geben, allerdings verließ sich die junge Dame noch zu sehr auf den Kapellmeister, wie sie sich überhaupt noch nicht recht sicher auf den weltbedeutenden Brettern zu fühlen scheint. Für die Nancy hatte Fr. Ullmann ihr Können in die Schanze geschlagen, doch war sie zeitweise überhaupt nicht hörbar. Der Lord Tristan des Herrn Schertel ist als schauspielerisch gut bekannt, und war es auch am Dienstag. — Im Uebrigen ließ eine gewisse Unsicherheit, welche sich zeitweilig über alle Mitwirkenden ausbreitete, einen rechten Genuß nicht aufkommen. Der Schluß des ersten Theiles des ersten Aktes verlor ganz seine Wirkung; hingegen konnte uns die Wiedergabe von „Gute Nacht, und mög dich reuen“ wohl befriedigen, auch das Finale im 3. Akt, „Wög der Himmel Euch vergeben“ gelang recht gut. — Die musikalische Leitung der Oper hatte Herr Kapellmeister Dr. Erdmann-Jesniher übernommen.

Aus Nah und Fern.

Auch ein Förderer der Wissenschaft. Ein netter Mensch ist der Befehlshaber des Hochländer Regiments der Kapstadt in Langeberg (Südafrika), Kapitän Searle. Er giebt zu, daß er dem Rebellenhauptling Luka Fantje den Kopf habe abschlagen lassen. Der einzige Zweck war, den Kopf eines in einem Mausem zu schenken. Kapitän Searle hat übrigens eine Strafe von 10 Stri. erlegen müssen, weil er einen in seinen Diensten befindlichen Gefangenen schlecht behandelt hatte. Kapitän Searle mußte den betreffenden Eingeborenen freilassen.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 5. Oktober.

Der Schweinehandel verlief gut. Zugeliefert wurden 1740 Stück. Preise: Berandtschweine schwere 60—62 Mk., leichte 57—59 Mk., Sauen 50—56 Mk. und Ferkel 55—57 Mk. pr. 100 Stk.

Der Rindviehhandel verlief gut. Zugeliefert wurden 1195 Stück. Unverkauft blieben — Stück. Preise: Beste 90—103 Mk., geringere 65—85 Mk. per 100 Stk.

See-Berichte.

D. „Wm. Minlos“, Kapt. L. Schulz, ist aus Reval auf hier abgegangen.

Barl „Heinrich Jäde“ war am 30. September segelfertig in SuJam.

D. „Deutschland“, Kapt. Ohlsen, ist in Riga angekommen.

D. „Fris“, Kapt. Schwarz, am 5. Oktober von dort thalwärts gefahren.

D. „Pehr Brahe“, Kapt. W. Bergmann, ist am 5. Oktober in SuJam eingetroffen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Mädchens wurden hochsehrnt
H. Jense und Frau,
 a. b. Strand.

Dem jungen Ehepaar **J. Malborg und Frau** die besten Glückwünsche!
 Gefangenenverein „Einigkeit“.

Ehrenklärung.
 Hiermit nehme ich die Beleidigung, die ich gegen **Adele Brinckmann** ausgesprochen habe, zurück.
Frau Howe.

Gesucht
 einige Frauen zum Kartoffelanfnehmen
 „Zoologischer Garten“.

Zu vermieten ein Zimmer
 Woche 2,50 Mt. Hüxstraße 27.

Zu vermieten ein trodener Keller
 Wöhlstraße 14.

Zu verm. 1. u. 2. Zimmer n. Schlafkabinett
 Näheres Kupferstraße 7.

Zu vermieten ein Logis
 Augustenstraße 16.

Billig zu verkaufen
 schöne Gliederbeeren und Zwetschen.
Behrens, Reiterstr. 4.

Billig zu verkaufen
 ein harter Kinderwagen
 Alexanderstr. 9 a.

Frau Riek, Hebamme,
 wohnt jetzt
 Reiferstrasse 41.

Hochfeine französische Kartoffeln
 für den Winterbedarf empfiehlt
Johs. Prehn, Krähenstraße 32.

Feine französische Kartoffeln
 u. gelbförende **Magnum bonum**
 empfiehlt billigst Frau **Klimecke, Reiferstr. 14a.**

Täglich an der Bahn
 feinste franzöf. u. gelbförende
Magnum bonum
 zu allerbilligsten Preisen.
August Jensen, Hartenge. 21.

Margarine
 stets frisch, pr. Pfund 50, 55 und 60 Pfg.
Heinr. Forns, Engelsgrube 35.
 Spezialladen für Margarine rechts.

Unübertroffen
 Beste Meierei-Butter, Pfd. 1,10 Mt.
 Frische Hofbutter, Pfd. 1,05 Mt.
 Allerfeinste Süßrahm-Margarine,
 Pfd. 55 Pfg.
 Frische Tafel-Margarine, Pfd. 50 Pfg.
 Reines Schweineschmalz, Pfd. 35 Pfg.
 Frisches Zwiebelschmalz, Pfd. 45 Pfg.
J. Brockmüller,
 (Ecke Burgthorvingel.)

Das
 Fettwaaren- u. Delikatessen-Geschäft
 von **Ludwig Kamp, Gützstr. 52**
 empfiehlt
 Feinste Tafel-Margarine, Pfd. 60 Pfg.
 2 Pfd. 1,15, 5 Pfd. a 55 Pfg.
 garant. reines Schmalz, Pfd. 35 Pfg.
 Corned-Beef im Auschnitt, Pfd. 70 Pfg.
 Neuer reiner Haide-Poung,
 Pfd. 70 Pfg.
 Pa. Holl. Käse, Pfd. 80 Pfg. u. 1 Mt.
 „ Süss. Käse, Pfd. 40, 50, 60 und
 70 Pfennig.
 echt Limbg. Käse, Stück 40 Pfg.

ff. Tafelbutter, Pfd. Mt. 1,05,
ff. Hofbutter, Pfd. Mt. 1,00,
Eier, 11 Stück 50 Pfg.,
Gidamer Käse, Pfd. 90 Pfg.,
Holl. Käse, Pfd. 80 Pfg.
 empfiehlt
C. Harz, Sandstr. 27.

Neue Salzgurken
 u. Magdeb. Sauerkohl
 empfiehlt
H. Theophile,
 Fleischhauerstr. 89, Ecke St. Johannis.

Einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum die ergebene Mittheilung, dass ich heute **Mengstrasse Nr. 6** (am Eingange der Markthalle) ein
Cigarren-Geschäft
 eröffnet habe.
 Durch denkbar günstigste Abschlüsse bin ich in der Lage, wirklich gute Waare preiswerth liefern zu können.
 Indem ich bitte, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne
 Hochachtungsvoll
Hermann Baade.

Hochfein und sehr beliebt ist die
MARGARINE
 der Lübecker Margarine-Fabrik „Hansa“:
 Telephon 475. **J. Schröder & Co.** Nebenhoffstraße 7.
 Vertreter: **Wilh. Hammer, Waffensstraße 2.**

Lübecker Special-Butter-Margarine-Vertrieb
 Specialität: Van den Berghs preisgekörnte Margarine-Fabrikate.
 Marke FF. per Pfd. 60 Pfg., 4 Pfd. à 55 Pfg.
 ist anerkannt bester Ertrag für Naturbutter.
 II. Qualität per Pfd. 50 Pfg., 4 Pfd. à 45 Pfg.
 Allerfeinste Schleswig-Holsteinische Meiereibutter pr. Pfd. 1,10 Mt.
 Ferner empfehle Holländischen, Tilsiter- u. Schweizerkäse,
 Schmalz und Eier zu den billigsten Preisen.
Joh. Schnoor, Breitestraße 38.

Heute Donnerstag:
Hansa-Halle. Familien-Kränzchen.
 Freier Eintritt. Freier Tanz.

Fritz Reuter's Werke
 sind, um es Jedem möglich zu machen, dieselben sich anzuschaffen, in
 Festsätzen à 40 Pfg. erschienen und zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Brecher Arbeits-Schuhe und Gummi-
 Zug-Schuhe, Brecher Halbstiefel und
 Schaft-Stiefel
 empfiehlt billigst
Rud. Kracht, Raheh. Allee 40.

Empfehle:
 Hängelampen v. Mt. 3,50 an,
 Tischlampen v. Mt. 1,25 an,
 Küchenslampen v. Mt. 0,30 an,
 Kronen, 6 armig v. Mt. 15,00 an,
 Ampeln v. Mt. 2,50 an.
 Nur reelle Waare, unter Garantie für gutes
 Brennen.
Kadenburg, Allee 10. Carl Buchholtz.

Gebraunten Caffee
 ganze Bohnen (kein Bruch)
 von vorzüglich reinem Geschmack, Pfd. 80 Pfg.
Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

Kümmel.
 Lützenburger Doppel per Liter 75 Pfg.
 Kümmesser " " " 75 " "
 Gewöhnlicher " " " 60 " "
 sowie alle sonstigen Spirituosen in bester Qualität
G. Hamann, Gr. Gröpelgrube 55.

Kronsbeeren,
 frisch eingetroffen,
 empfiehlt **Ludw. Hartwig, Oberstraße 8.**

Thüringer Blutwurst,
 frische Brodwurst und
 Kopffleisch
 empfiehlt
Oswald Heine,
 Cronsförder Allee 32 a.

Neue grüne und gelbe Erbsen,
 großartig lösend,
 geschälte Victoria-Erbsen
 und Linsen
 empfiehlt
H. Theophile,
 Fleischhauerstr. 89, Ecke St. Johannis.

Garant. federdicke Bettbrette,
 Bettköper, Bettfahnen
 in neuesten Mustern und sehr großer Auswahl
 empfiehlt
 Hofstr. 20. **Carl Karstadt.**

Bestellungen auf Nähmaschinen
 verschiedener Systeme nimmt entgegen
W. Huth, Lg. Lohberg 41.

LAGER
 aller Arten Uhren
 unter 3jähriger Garantie zu
 sehr billigen Preisen.
 Uhren reinigen 1,50 Mt.
 Federn einsehen 1,50 Mt.
Th. Köhler,
 Uhrmacher,
 Untertrave 70, Ecke Fischergrube.

Da ich am 1. Oktober die
Ginsiedelfähre nebst Wirthschaft
 übernommen habe, bitte ich den geehrten Be-
 wohnern Lübeck's und Umgegend freundlichst,
 mich mit ihrem Besuch zu beehren.
 Für gute Bedienung wird bestens gesorgt
A. Schnoor, Ginsiedelfähre.

Achtung Maler!
 Die am Donnerstag stattfindende
 Filialversammlung fällt aus, dafür
 am Sonnabend dieser Woche öffent-
 liche Versammlung, Referent: Koll.
 Leinert aus Hannover.
 Die Filialverwaltung.

Auspielen
 von
 fetten Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch
 auf einem Ziehbillard
 am Sonntag den 10. Oktober
 im Lokale
Zur Burgtreppe, Hinter der Burg.
 Beginn 11 Uhr Morgens.
 Einsatz 50 Pfg., wofür 3 Stöße.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Fritz Lienshöft.

Dem geehrten Publikum von Stoddeborf, Lübeck
 und Umgegend mache ich hierdurch die ergebene
 Anzeige, daß ich am heutigen Tage in Stodde-
 borf eine
Gastwirthschaft „Zur Eide“
 und Krämerlei
 errichtet habe und bitte um geneigten Zuspruch.
 Hochachtungsvoll **J. Nevecke.**

Oeffentliche
Versammlung
 der
Hafenarbeiter und
Seelente
 am Donnerstag den 7. Oktober
 Abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Organisation der Seelente
 Referent: H. Störmer-Hamburg.
 2. Diskussion.
 Der Einberufer.
 NB. Die Hafenarbeiter, welche auf deutschen
 Schiffen beschäftigt sind, werden ersucht, die See-
 leute zum Besuch dieser Versammlung aufzufordern.

Gesangverein
„Eintracht“
General-Versammlung
 am Donnerstag den 7. Oktober
 Abends präcise 9 Uhr
 im Vereinshaus, Zimmer Nr. 8.
 Tages-Ordnung.
 Abrechnung.
 Winterlokal.
 Weihnachtsfest.
 Unsere Gesangs- und dramatische Abtheilung.
 Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen notwendig.
 Der Vorstand.

Zoologischer Garten
 Lübeck.
 Die Lappfänger-Vor-
 führungen
 täglich 3 1/2, 4 1/2 und 5 1/2
 Uhr Nachmittags.

Donnerstag den 7. Oktober 1897:
Großes
Tanzkränzchen
 in der „Flora“.
 Herren 50 Pfg. Damen frei.
 Die Bedienung.

COLOSSEUM
 Donnerstag den 7. Oktober
Großes
CONCERT
 und Ball.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt für Herren 40 Pfg.
 Damen frei.
W. Dassler.

Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug
Circus Variete	Reuterkrug

Auftreten von 25 internationalen
 Künstlern. Anfang 8 Uhr.

Stadttheater in Lübeck.
 Donnerstag. 6. Abonnement-Vorst. 6. Abth. Gieb.
Der Freischütz.
 Freitag. 7. Abonnement-Vorst. 1. Abth. Roth.
Der Evangelimann.

Speise-Halle Hansa.
 Mengstraße 24 (gegenüber Schüsselbuden).
 Geöffnet von 1/2 8 Uhr Morgens.
 Heute Donnerstag:
 Milch mit Reis, geschmorter Leber, Kartoffeln,
 Sauce und Birnencompot.
 Breite für Mittag 20, 30 und 40 Pfg.
 Abendessen von 6 Uhr an. Portion 30 Pfg.

Wolkenkuckukshheimer.

Durch die Partei der National-Sozialen klappt ein tiefer Nitz, der auf dem Kongresse zu Erfurt noch einmal mit vieler Mühe überkleistert worden ist. Herr Naumann wird wohl selber nicht glauben, daß diese Verkleisterung auf die Dauer vorhalten kann. Denn es stehen sich zwei Richtungen gegenüber, in denen sich der große Kampf unseres Jahrhunderts widerspiegelt. Die eine Richtung mit dem Professor Sohm als geistigem Haupt betrachtet die Sozialdemokratie als „staatsfeindlich“ und will sie bekämpfen unter Anlehnung an die konservative Partei; die andere Richtung mit dem bekannten Pastor Göhre an der Spitze will die Verdienste der Sozialdemokratie anerkannt wissen und betrachtet als den Hauptfeind einer gesunden Entwicklung der Dinge in Deutschland das ostelbische Junkertum.

Solche grundverschieden veranlagte Menschen können nicht lange miteinander unter einem Dache leben, ohne daß es zu häuslichen Streitigkeiten kommt.

Zugleich ist aber damit auch der national-sozialen Partei das Urtheil gesprochen. Einer Partei mit einem solchen Pfahl im Fleisch kann keine Zukunft mehr beschieden sein. Ihre ganze Existenz wird bald nur noch von inneren Differenzen in Anspruch genommen werden.

Die National-Sozialen haben das Naturell des Kapitalismus nicht richtig erfaßt. Dieser läßt sich bei seinen Begnern auf keine Müancirungen ein. Wüßten sie seine ganze Existenz anzusehen oder mögen sie nur einzelne Auswüchse desselben bekämpfen — das bleibt sich ganz gleich. Beim modernen Kapitalismus gilt mehr als irgendwo anders das Wort: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich!“

Darum ist es auch ganz umsonst gewesen, daß Herr Naumann sein Programm mit „nationalen“ Kinderliedchen verzieren hat. Die Arbeiter hat er mit seiner Begeisterung für Flottenpläne und Kolonialpolitik gleich vor den Kopf gestoßen. Die Arbeiter wollen eben Brod und Freiheit, und das kann man ihnen weder mit nagelneuen Panzerschiffen, noch mit „aussichtsreichen“ Kolonien verschaffen. Was den National-Sozialen bei den Arbeitern so sehr geschadet hat, das hat ihnen bei den Kapitalisten nichts genützt, denn diese werfen nach wie vor den „nationalen Sozialismus“ mit dem demokratischen zusammen.

Gegen ein solch' schreckliches Schicksal, absichtlich oder unabsichtlich mit den Sozialdemokraten verwechselt zu werden, können allerdings nur kräftige Seelen sich mit Gleichmuth wappnen. Die Leute vom Schlage des Herrn Sohm ertragen das nicht. Sie wollen nicht geächtet sein; sie wollen nicht als „Feinde des Staates und der Gesellschaft“ ausgeschrien werden; sie können es nicht ertragen, daß man sie als Bundesgenossen und Vorarbeiter der „Umsturzpartei“ vor aller Welt denunziert. Sie denken und fühlen ganz bourgeoismäßig und glauben, schon ungeheuer viel damit gethan zu haben, daß sie sich um die Leiden des arbeitenden Volkes überhaupt bekümmern. Aber selbst darum leiden, sich Gehässigkeiten und Verfolgungen aussetzen, die ihnen am

Ende gar die Behaglichkeit des bürgerlichen Daseins stören könnten, das wollen sie nicht und sind auch gar nicht dazu veranlagt. Darum lehren sie auf den Boden der „Ordnungs- und staatsbehaltenden Parteien“ zurück und proklamieren den Kampf gegen die Sozialdemokratie. Sie haben damit nur A gesagt und werden auch B sagen müssen. Denn die Kapitalistenklasse giebt sich nicht zufrieden damit, daß man den demokratischen Sozialismus bekämpft. Sie verlangt auch, daß man die kapitalistische Produktionsform als unobänderliches Werk der Vorsehung anerkenne und darum an derselben weder zu rütteln noch zu kritisieren wage. Die Herren Sohm und Genossen werden auf ihrem Rückzuge auch bis dahin gelangen und werden — dessen sind wir sicher — eines schönen Tages noch Abbitte leisten für ihre „sozialistische“ Abirrung.

Was aber wird aus dem anderen Flügel werden, auf dem die Naumann, Göhre und Genossen stehen?

Nehmen wir einmal an, daß dieselben den Rechtungen und Drohungen des Kapitalismus trogen und demselben muthig die Stirne bieten werden!

Dann bleibt, nach dem Rückzuge der Furchtsamen unter Sohm, nur ein kleines Häuflein um sie. Denn es giebt außerhalb der Sozialdemokratie nicht viele Menschen, die den Wuth haben, über den Bannstrahl der herrschenden Klassen zu lachen. Man hat schon so oft sich gewundert, daß pekuniär ganz unabhängige Leute, die sozialistisch oder auch nur „national-sozial“ denken, nicht sich entschließen können, öffentlich für ihre Anschauungen einzutreten. Das hat aber seinen Grund. Diese Leute wollen nicht gesellschaftlich geächtet sein; sie empfinden es als ein Unglück, wenn sie bei dieser oder jener Gelegenheit von ihren „Mitbürgern“ nicht für „voll“ genommen oder gar nicht zu den „Honoratioren“ gerechnet werden. Solche Leute zählen allerdings nicht mit in dem großen Befreiungskampfe wider die Klassenherrschaft.

Dieser Kampf erfordert nicht nur pekuniäre Opfer, sondern auch andere, und nicht viele Leute sind gewillt, sie zu bringen.

Unter diesen Umständen kann es keine größere Wolkenkuckukshheimer geben, als wenn die Herren Naumann und Sohm glauben, die Sozialdemokratie werde ihnen und ihrem kleinen Häuflein zu Gefallen sich „umbilden“. Man sieht, daß den Herren der spießbürgerliche Hochmuth noch anklebt. Sonst könnten sie sich nicht so kolossal überschätzen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Herr Naumann und Herr Göhre werden eines Tags — sei es nun von der ihnen unentbehrlichen Vorsehung oder nicht — mit der Erkenntniß beglückt werden, daß man sich zur Sozialdemokratie schlagen muß, wenn man den Kapitalismus wirksam bekämpfen will.

Darüber werden die Herren vielleicht heute noch die Nase rümpfen; später werden sie einsehen, daß wir Recht gehabt haben.

In dem großen Klassenkampfe von heute giebt es keine Vermittlung; das wird Jedermann uns bestätigen, der die Arbeiterbewegung aus eigener Anschauung kennt und in ihr gelebt hat. Die auf Vermittlung und „Umbildung“ spekuliren, begreifen eben immer nicht, was das Erwachen des Klassenbewußtseins bei den Arbeitern bedeutet. Die Sozialdemokratie hat die Form, die sie zeigt, nicht beliebig angenommen, sondern durch das Einwirken der Umstände selber, und den Arbeitern wird ihre Marsch-

route eben vom Klassenbewußtsein diktiert, das sie nicht rechts und nicht links abweichen läßt.

Die National-Sozialen werden mit sehr gemischten Gefühlen von ihrem Kongreß heimgekehrt sein. Was sollen die Arbeiter, auf die sie spekuliren, von einer so in sich gespaltenen Partei erwarten? So werden sie denken.

Sie mögen sich keine Sorgen machen. Auch wenn sie einig wären, würden die sozialistischen Arbeiter darum noch lange keine Lust haben, sich zu National-Sozialen „umzubilden“.

Soziales und Partei-Leben.

Ueber den Berliner Formerkreiß verhandelte Sonnabend das Einigungsamt. Es wurden von diesem folgende Einigungsbedingungen vorgelegt:

1. Die Anforderungen für die in Zukunft anzufertigenden Arbeiten sind von den Formern und den Meistern, welche die Arbeitgeber vertreten, gemeinschaftlich zu vereinbaren.
2. Solcher Wuth, welcher nachweislich, ohne Verschulden des Formers zum Ausschuss wird, soll bezahlt werden. In Streitfällen sollen die beteiligten Formere gütlich gehandelt werden.
3. Die Arbeitgeber verpflichten sich, die am Streik beteiligten Formere und Blecherei-Arbeiter nach Bedarf einzustellen; möglichst, bevor auswärtige Formere zur Beschäftigung angenommen werden.

Es darf keinem der am Streik beteiligten Arbeitnehmer von dem Arbeitsnachweis der Metall-Industriellen der Arbeitsschein vorenthalten werden.

4. Die Regelung der übrigen Forderungen der Arbeitnehmer vom 27. August 1897 bleibt der freien Vereinbarung der Parteien vorbehalten.

Diese Bedingungen werden seitens der Vertreter der Parteien ihren Mandatgebern vorgelegt und fand heute Vormittag 10 Uhr ein neuer Termin statt, wo sich die Parteien über Annahme oder Ablehnung der Einigungsbedingungen zu erklären hatten. Das Resultat ist uns zur Zeit noch nicht bekannt.

Der Lüpferstreik in Skopienhagen endete mit dem Siege der Arbeitnehmer.

Aus Nah und Fern.

Hamburg. Das „Hamburger Echo“ feierte am 2. Oktober den Tag seines zehnjährigen Bestehens. Am 20. September 1887 war die „Bürgerzeitung“, die Vorgängerin des „Hamburger Echo“, wegen eines Artikels, der die Ueberschrift trug: „Force is no remedy“ (Gewalt ist kein Heilmittel) auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden und der Herausgeber, unser am 13. Januar 1890 verstorbenen alloverehrter Genosse Johannes Wedde mußte ins Exil wandern. Zum Ersatz für das verbotene Blatt wurde das „Hamburger Echo“ geschaffen, und zwar mit der durch die Zeitumstände notwendig gebotenen Bestimmung, „ein ganz neutrales, politisch vollständig unabhängiges und farbloses Tageblatt zu sein“. Andernfalls wäre das neue Blatt sofort als „Fortsetzung“ der „Bürgerzeitung“ verboten worden. Trotz aller Vorsicht fehlte nicht viel, daß das „Hamb. Echo“ gleichfalls verboten worden wäre. Wegen eines Artikels in Nr. 50 vom 30. Nov. 1887, worin der Entwurf des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes in durchaus ruhiger Sprache kritisiert war, wurde der verantwortliche Redakteur, Genosse Stolten, zum Senator Pachmann beschieden, der ihm sehr er-

Helen.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(11. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Gleich bei ihrer zweiten Zusammenkunft hatte ihr Erich von seiner Liebe gesprochen und sie gefragt, ob sie nicht seine Frau werden wolle.

Ein jäher Schreck hatte sie überfallen und förmlich gelähmt, so daß sie auch nicht ein Wort hervorzustammeln vermochte.

Er wartete auch gar nicht darauf. Es war ihm so selbstverständlich, daß sie ihn nehmen würde, und so sprach er denn in bereiteter Weise von dem schönen, dauernden Glück, das er ihr an seiner Seite bereiten wolle.

Sie zwang sich, ihn zu verstehen, ohne den Muth zu finden, ihn anzusehen, und vor dem Dränger erbebend und selbst gedrängt von dem Aufruhr in ihrem Innern, stimmte sie seinen Ausführungen zu und stammelte in Absagen, ohne zu wissen, was sie thue und was sie sagte, immer nur: „Ja — ja — ja!“

So war sie seine Braut geworden und mit der Siegesfreudigkeit des Eroberers war er daran gegangen, die Eroberter nach seinem Geschmack umzumodeln, sie für seine Wünsche zu erziehen.

Es erschien ihm ungemein leicht. „Die Lene giebt keine Räthsel auf“, sagte er lächelnd zu Papa Röder, die ist noch weich und durchsichtig, wie eine Qualle. Es ist lustig, wie man ihr jede Regung vom Gesicht ablesen kann, sie ist gar nicht im Stande, sich zu verstellen, ich weiße, die besitzt auch nicht das geringste diplomatische Talent, das ist eigentlich unweiblich.“

Er war indeß mit dieser Unfertigkeit ganz zufrieden und dachte nicht im Entferntesten daran, daß diese rück-

haltlose Offenheit, dieses Bedürfnis, wahr zu sein, weil man alle Anderen für wahr hält, selbst schon Eigenart und Charakter verräthe.

„Die wird so denken und fühlen, wie ich es wünsche und erwarte“, und damit schien ihm sein Glück und das ihre vollständig gesichert.

Es galt jetzt nur ihre Gewohnheiten umzugestalten, die mit den seinen allerdings in keinem Punkt übereinstimmten, und ihre lächerlich bescheidenen gesellschaftlichen Anschauungen, ihre manchmal geradezu proletarischen Empfindungen auf ein höheres Niveau zu heben. Es beschäftigte ihn auf das Angenehmste.

Er konnte in seiner ganzen Ueberlegenheit und stets als der Gebende auftreten, als der Beglückende.

Es beglückte ihn selbst, ja er fühlte sich mitunter ganz übermüthig; er merkte es auch, daß er Alle bezauberte, und daß man ihn im Hause Röder, wie überall, für den besten, den schönsten, den liebenswerthesten Menschen unter der Sonne hielt. Er selbst hielt sich bescheidener Weise nur für den größten Idealisten, der bereit war, seiner Liebe zu einem armen, einfachen Mädchen die unglücklichsten Opfer zu bringen.

Wie Konrad über das Ereigniß dachte, erfuhr Niemand. Er hatte in diesen Tagen, wie es nun öfter geschah, eine Agitationsreise in Parteiangelegenheiten unternommen, und als er zurückkam, war Lenes Brautchaft ein fait accompli, mit dem ihn Mama Röder zuerst überraschte. Sie hatte so eine Ahnung, daß er die Lene gern habe, und es that ihrem mütterlichen Herzen wohl, ihn ein wenig dafür zu strafen, daß er nicht einmal ihr gegenüber sich zu dieser Neigung bekannt hatte.

Er hatte auch seine Augen nicht wenig aufgerissen; ja, sie glaubte bemerkt zu haben, daß er die Farbe wechselte, aber er hatte kein Wort gesagt, auch nicht ihrem Manne gegenüber, der mit Konrad überhaupt jetzt viel seltener zusammentam.

Es war ihr ganz recht. Die Leute sprachen jetzt ganz offen davon, daß der Konrad ein Sozialdemokrat sei, der in die Versammlungen ginge, und wenn sie auch nach wie vor mit Frau Ebner gute Nachbarschaft halten wollte, weil sich für die ganze Familie daraus so viele Vortheile ergaben, ihr Mann, ein Staatsbeamter, mußte in seinem Verkehr vorsichtiger sein.

Im Augenblick aber waren die neuen Verhältnisse eine Macht geworden, die der guten Frau vollständig den Kopf verdrehten.

Die Lieferungen gingen jetzt in ihrem Hause nur so ein und aus, und Lene wurde nicht fertig mit Aussuchen, Maßnahmenlossen und Probiren. Lene war hübsch, ihr Bräutigam wollte sie elegant haben. Die Lieferanten wußten aus ihrer Praxis sehr wohl, was in solchen Fällen ein Bräutigam, der die Ausstattung selbst bezahlt, für sein theures Geld zu erhalten wünscht.

Er begehrt, daß man ihm seine Braut so verführerisch als möglich vor Augen bringe. Lene ließ Alle gewähren und hatte selbst ihre Freude daran; aber wenn nun diese Modistinnen und Wäschekonfektionärinnen von der Schönheit ihres Körpers zu schwärmen anfangen, an die sie nie gedacht, und ausbüfkelten, wie sie Reize, die bisher verborgen geblüht, so recht augenfällig machen könnten und sinnberückend, da suchte das junge Mädchen hastig und verlegen darüber hinwegzukommen, ohne einen Ausdruck für ihre innere Verleththeit zu finden; die Scham bei einem Kinde ist schüchtern und stumm. Als aber Erich den Wunsch aussprach, sie möge sich schon jetzt in die neuen Toiletten kleiden, wagte sie zum ersten Mal einen Widerspruch, der ihren Bräutigam sichtlich verstimmete. Es kam zu einem Wortwechsel zwischen ihnen, und Erich entfernte sich in vollem Aerger.

Als er fort war, begann die Mutter ihr Wortwiese zu machen über ihr albernes, unverantwortliches Verhalten.

Staudesamtliche Nachrichten.

vom 26. September bis 2. Oktober 1897.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

September. 20. Malergehülfe Heinrich Friedrich Christian Korn. Schlosser Arthur Martin Georg Rudolf Vogel. 21. Arbeiter Johann Heinrich Christoph Drows. Schupmann Friedrich Carl Jahr. 22. Arbeitermann Johann August Martens. 23. Straßenteiniger Friedrich Johannes Evers. Arbeitermann Marg Heinrich Lebermann. 24. Kaufmann John Levy Frankenthal. 25. Handlungsreisender Johannes Marcus Wilhelm Erlicher. Filiergehülfe Heinrich Johann Friedrich Witt, Gohmund. Handlungsgehülfe Christian Gottlieb Carl Hermann Gottfried Weiskner. 26. Geschäftsführer Albert Franz Heinrich Busch. Privat-Postbote Carl Ludwig Wilhelm Fresse. Telegraphenleitungs-Aufseher Johann Friedrich Boldt. Vice-Feldwebel Heinrich Ernst Bernhard Emil Werner. 27. Arbeitermann Johannes Theodor Seemann. Arbeitermann Fritz Heinrich Johann Grabner. Arbeitermann Carl Heinrich Johannes Wilden. 28. Musiker Friedrich Karl Deutsch. Lokomotivführer Johann Carl Julius Secht. 29. Fuhrmann Adolf Friedrich Duhjan. Tapezier und Dekorateur August Wilhelm Ludwig Bernhard Meinde. Hofpächter Johann Heinrich Friedrich Gottlieb Hoffmann. Winkhof. Arbeitermann Johann Heinrich Franz Käselau. Oktober. 1. Bauarbeiter Johann Joachim Heinrich Klutas.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

September. 14. Kaufmann Carl Friedrich Adolf Nim. 21. Bureaugehülfe am Bau Bureau Wilhelm Heinrich Peter Schund. 22. Schuhmacher Johann Friedrich Bries. Schlosser Hermann Lemke. Schmiedegessele Friedrich Carl August Johann Grelphahn, Wilhelmshöhe. 23. Arbeitermann Georg Peter Friedrich Lindhorst. 24. Hauptkassanten-Assistent August Ferdinand Wiese. Schuhmacher Heinrich Christian Meier. Tischler Carl Heinrich Christian Rahl. 25. Schlossergessele Johann Heinrich Thomas Wils. Kaufmann Julius Helmuth Heinrich Peters. Telegraphist Johannes Heinrich Ludwig Albrecht. Kutscher Johann Heinrich Friedrich Fischer. 27. Malergehülfe Heinrich Ernst Johann Kowebber. Schlosser Friedrich Frey. Schlachter Johann Conrad Heinrich Groth. Arbeitermann Peter Johann Christian Wabe. Bäckergeessele Johann Heinrich Diebrichsen. Arbeitermann Heinrich Friedrich Joachim Schwarz. 28. Arbeitermann Johann Heinrich Friedrich Sareep. Schupmann Otto Kamuyth. Kaufmann Johann Jürgen Heinrich Meubwisch. 29. Schlachter Wilhelm Christian Carl Krüger. Oktober. 1. Arbeitermann Fritz August Heinrich Seyden.

Storbefälle.

September. 25. Ein todgeborener Knabe, B.; Schlossergessele Christian Carl Heinrich Niemann (Wilhelmshöhe). Anna Auguste Ida Kaley, 2 M. 26. Eleonore Johanna Christine geb. Stockmann, Wittve des Rentiers Georg Heinrich Böcke, 71 J. August Carl Franz Wehris, 4 M. Johanna Dorothea Elisabeth Neimpel, 39 J. 27. Heinrich August Friedrichs, 6 T. Stine Wilhelmine Charlotte geb. Witz, geschiedene Wölder, Ehefrau des verstorbenen Wärtmers Franz Stämmers, 65 J. Magdalene Margaretha geb. Plambek, Wittve des Kuhhirten Johann Peter Schwarz, 82 J. 28. Frida Johanna Elisabeth Klempau, 2 M. Dorothea Emma Anna Harber, 2 M. 29. Schneider Thomas Heinrich Christoph Dose, 62 J. 30. Marie Anna Margaretha Brodmüller, 6 M. Martha Mathilde Adolpina Müller, 3 M. Oktober. 1. Arbeitermann Hans Friedrich Jürgens, 84 J. Catharina Laura Dorothea Maria Bauz, 1 J. Johanna Groth, 4 T. Maurer Johann Heinrich Joachim Ahlers, 46 J. Arbeiter Hans Heinrich Schill, 60 J. 2. Erna Louise Auguste Sadt, 2 M. Maria Catharina Johanna geb. Eggers, Wittve des Schuhmachers Johann Heinrich Hoff, 58 J. Maria Johanna Elisabeth geb. Kunde, Ehefrau des Sattlermeisters Philipp Arnold Gottlieb von der Heyde, 68 J.

Ungeordnete Aufgebote.

September 27. Kunstgärtner Rudolf Gottfried Wilhelm Haad und Mathilde Auguste Catharine Dieckmann zu Israelsdorf. Kupfergeschmiedegessele Max Gottfried Dietrich und Johanna Maria Elisabeth Eichhoff. Gutspächter George Bennet Max Rride zu Stube und Maria Henriette Mathilde Amalie Burmeister. 28. Friedrich Karl Witz. Vaard und Catharina Magdalene Margaretha Hochschilb zu Kulpin. Arbeiter Friedrich Carl Hans Kleinfeld und Caroline Emilie Johanna Wilms. Arbeiter Leopold Andreas Friedrich Hering zu Moising und Emma Christiana Winkelmann zu Nieder-Biffau. Schneidergeessele Fritz Johann Heinrich Fiedbohm und Ida Friederike Maria Buddin. Zuschneider Friedrich Carl Wilhelm Johann Müller und Bertha Marie Karoline Polandt zu Wismar. Tapezier Hermann Wagner zu Breslau und Martha Hansel zu Nieder-Hermsdorf. 29. Arbeiter Heine Franz Bafow zu Borwerk und Anna Maria Henriette Thron zu Trens. Probenentnehmer im öffentlichen Schlachthaus Friedrich Wilhelm Hugo Fied und Margaretha Luise Dorothea geb. Kieffs, des Tischlergeessele Johann Friedrich Ludolph Dürkop Wittve. Gärtner Ferdinand Otto Lise und Ella Cathinka Lorenzen. Schausenwärter Hans Zuchen Busch zu Untergebiet-Schönberg und Michaela Michalal zu Bahnhofs-Schönberg. Eisenbahnbaumeister Carl Eugen Löwner und Friederike Wilhelmine Alice Martini zu Berlin. Arbeitermann Johann Heinrich Fritz Dissen und Maria Katharina Elisabeth Müller zu Barnewenz. Arbeiter Joh. Franz Orzenkowitz und Voite Witte, beide zu Thorsdorf. Kaufmann Friedrich Heinrich Hans Fiedler und Auguste Elise Marie Vinde zu Berlin. 30. Postassistent Carl Johann Heinrich Stampe und Emma Maria Elisabeth Heyn zu Pantow. Arbeiter Gustav Heine. Friedr. Schnoor und Johanna Catharina Auguste Mathilde Medien. Oktober 1. Feizer August Heinrich Fritz Wulf und Mathilde Wilhelmine Friederike Westphal. Arbeiter Johann Michael George Wabe und Friederike Dorothea Henriette Schwarz. Arbeiter Johann Heinrich Christian Dikler und Catharina Elisabeth geborene Leopold, des Schiffbocks August Georg Joachim Meyer Wittve. Bureaugehülfe Carl Hermann Conrad Friedrich Mimpyh und Anna Margaretha Catharina Kleinfeld zu Lockwisch. Arbeiter Friedrich Carl Heinrich Wiese und Henriette Maczys, beide zu Trens. Kaufmann Adolph Ludwig Friedrich Hindelbeyn zu Kopenhagen und Abela Fanny Charlotte Lemde. Arbeiter Johann Carl Christian Fadlam und Sophie Marie Dorothee geborene Fadlam, des Arbeiters Wilhelm Johann Heinrich Langpap Wittve. Kaufmann Paul Adolph Wilhelm Robert Hallier zu Hannover und Emma Elisabeth Johanna Deggau. Beamter der deutschen Lebensversicherungsgesellschaft Edmund Meyer und Auguste Anna Johanna Wilhelmine Kirchberg zu Geniu. 2. Kohlenhändler Hugo Hermann Rudolf Paul Häckert zu Brunsbüttel. Eddelater-Koog und Wilhelmine Engel Henriette Schund. Maschinenbauer Johann Joachim Heinrich Wols zu Sievershagen und Emma Frieda Vikette Marie Roth.

Eheschließungen.

September 29. Eisenbahnbetriebskontroleur Christian Carl Heinrich Rudolf Funecke zu Stargard und Lisbeth Helene Lucinde Finke. 30. Steinbeher Hans Joachim Kraak und Johanna Margarethe Sujanna Schind. Oktober. 1. Gemeindevorsteher Heinrich Adolph Magnus Carl Ludwig Geist und Catharina Christina Dorothea Jaasch. Volksschullehrer Otto Peterjen zu Hamburg und Elise Karoline Dufftorff. Gastwirth Diederich Helmuth Schulz und Maria Henriette Caroline Fürgens, beide zu Wandsbeck. Bureauhote Franz Heinrich Christian August Ande und Johanne Sophie Dorothee Steinfath. 2. Schlossergessele Heinrich Kaiser und Bertha Anna Christina Coorbs. Steindruckergessele Paul Lehrte und Minna Christine Friederike Bries.

regt erklärte: Er habe von dem sofortigen Verbot des „Hamb. Echo“ nur Abstand genommen, weil es sich als vollständig parteilos bezeichne; wenn die Redaktion die Grenze auch nur mit einem Komma überschreite, werde er das Blatt sofort unterdrücken. Auf Stolten's Entgegnung, er bezweifle, daß der fragliche Artikel dem Herrn Senator ein Recht gebe, auf Grund des Sozialistengesetzes gegen das „Hamburger Echo“ einzuschreiten, erfolgte die bezeichnende Antwort: „Auf Ihre Zweifel kommt es nicht an; darüber habe ich zu entscheiden!“ Damit war die Sache abgethan. Als nach dem Beschluß des Reichstags vom 25. Januar 1890 feststand, daß das Sozialistengesetz nicht verlängert werden würde, konnte das „Hamburger Echo“ offen Farbe bekennen. Am 1. April 1890 ging es in die Hände des Genossen J. S. W. Diez über und am 1. März 1891 wurde der Verlag von der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. übernommen. Die Reichstags-Wahlbewegung brachte einen außerordentlichen Aufschwung des Abonnentenstandes. Als die „Bürger-Zeitung“ dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel, hatte sie nahezu 18 000 Abonnenten. Das „Hamburger Echo“ begann mit 10 000, hatte zu Beginn des Jahres 1890 14—15 000 Abonnenten, im März aber bereits 18—20 000 und die Auflage stieg noch immer. Die Arbeiter-Aussperrungen im Mai, die durch die Meißner verurteilt waren, brachten einen nicht unbedeutenden Rückschlag. Das wurde jedoch bald überwunden und bis zur Reichstags-Wahl 1893 stieg der Abonnentenstand auf 25—28 000, während der Wahlzeit selbst zeitweilig bis über 30 000. Die schlechten Geschäftsverhältnisse im Verein mit dem Fehlen hochbedeutender öffentlicher Ereignisse ließen nachträglich wieder ein kleines Abflauen und einen gewissen Stillstand eintreten, nur unterbrochen durch kleine Schwankungen, bald nach oben, bald nach unten, was bis gegen das Ende des Jahres 1896 anhielt. Schärferer Anstöße gaben dagegen die Cholera-Epidemie und dann der große Hamburger Hafenarbeiter-Streik, der trotz der großen Zahl feiender Arbeiter keinen Rückgang im Abonnement brachte, sondern ein erhebliches Emporschnellen, so daß zeitweilig die Auflage bis auf 33 000 stieg. Die Ursache davon war die zielbewusste und unentwegte Vertretung der Sache der kämpfenden Arbeiter, wodurch das „Hamburger Echo“, ebenso wie zur Zeit der Cholera, zum öffentlichen Gemeinwohl wurde, das die Unternehmung mit unermüdlicher Rücksichtslosigkeit rüttelte und dadurch auch Leser in den Kreisen erlangte, die die sozialdemokratische Lektüre sonst weit von sich weisen. Daß die Mehrzahl dieser Leser nicht bleiben würde, war voraussehen. Immerhin ist von dem damaligen Abonnentenzuwachs ein nicht unerheblicher Theil treu geblieben, so daß gegenwärtig die Auflage zwischen 27 000 und 30 000 beträgt. Selbstverständlich ist die Zahl der Leser viel größer.

Wir übergehen die zahlreichen Verfolgungen, die auch unserem Hamburger Bruderorgan nicht erspart geblieben sind. Es sei noch der Todten gedacht, die dem „Hamburger Echo“ ihre Dienste in hervorragendem Maße widmeten. Neben Johannes Sebde ist zu nennen der im Jahre 1890 verstorbene Heinrich Bühler und Otto Reimer, der so lange Zeit im Vordergrund des proletarischen Klassenkampfes gestanden hat. Er schied im März 1892 aus dem Leben.

Wäge das „Hamburger Echo“, das wir mit Jung und Recht als ein Arbeiterblatt ersten Ranges bezeichnen dürfen, auch ferner so kräftig befehlen wie bisher, zur Ehre der Partei und gesammten Arbeiterschaft! Quideborn. Selbstmord des Amtsvorstehers. Am 29. vor. Mts. Mittags hat sich der hiesige Amtsvorsteher und Stabsbeamte Donath in

seiner Wohnung erschossen. Anlaß zu dem Selbstmord dürfte der Umstand gegeben haben, daß D. mit seiner zweiten Frau in sehr unglücklicher Ehe lebte. Den Sozialdemokraten hatte Donath seine ganz besondere Feindschaft zugeordnet. Da der stellvertretende Amtsvorsteher erkrankt ist, ist die einstweilige Verwaltung des Amtsbezirks Quideborn dem benachbarten kommissarischen Amtsvorsteher in Pinneberg übertragen worden.

Neues vom „groben Unfug.“ Die Magdeburger Polizei ist auf die harmlosen Agitatoren der Heilsarmee nicht gut zu sprechen und bombardiert sie deshalb nach Kräften mit Strafbefehlen. Die „Lieutenantin“ der Heilsarmee Johanna Sebde, geboren am 6. August 1870, hatte in der Nummer 211 des Generals-Anzeiger vom 6. August d. J. annoncieren lassen: „Heute Freitag, Extraversammlung der Heilsarmee in der Großen Münzstraße 5. Thema: „Etwas Neues! Musik und Gesang. Jedermann herzlich willkommen.“ Die Polizeibehörde erblickte in dieser Bekanntmachung eine Verübung groben Unfugs und erließ gegen die beschuldigte Sebde einen Strafbefehl in Höhe von 10 Mk. Sie erhob dagegen Einspruch und führte vor dem Schöffengericht an, es habe sich um eine religiöse Versammlung gehandelt und das „Neue“ darin bestanden, daß sie über die Neugeburt des Menschen einen Vortrag habe halten wollen. Nach der Bibel habe Christus zu dem Nicodemus gesagt: „Es sei denn, daß ihr von Neuem geboren werdet, sonst werdet ihr das Reich Gottes nicht sehen!“ Darüber habe sie sprechen wollen und habe durch die Annonce keinen groben Unfug verübt. Sie sei ganz empört darüber, daß sie fortwährend wegen groben Unfugs polizeiliche Strafbefehle erhalte. Dem Antrage des Amtsvorstehers entsprechend erkannte das Schöffengericht auf Freisprechung, weil in der erwähnten Bekanntmachung der Thatbestand des groben Unfugs nicht zu finden sei.

Buße thun wollte der Postbeamte Philipp, nachdem er in Regensburg große Beiträge unterschlagen hatte. Er wurde Jesuitenpater in Klausen bei Bozen (Tirol) und glaubte sich gerettet. Doch der Arm der Gerechtigkeit erreichte ihn; trotz seines geistlichen Kleides wurde er verhaftet und wird voraussichtlich ins Zuchthaus wandern.

Erst freigesprochen, dann zum Tode verurtheilt. Guben, 2. Oktober. Im Wiederaufnahmeverfahren wurde heute vom Schwurgericht nach dreitägiger Verhandlung der Fabrikarbeiter Franz Pade aus Gassen zum Tode verurtheilt, nachdem ein früheres Schwurgericht ihn freigesprochen hatte. Pade, der gegenwärtig in der Strafanstalt zu Moabit wegen Meineides und Anstiftung zum Meineide eine zehnjährige Zuchthausstrafe verbüßt, war beschuldigt, seine Geliebte, die Fabrikarbeiterin Anna Paschner, in das Wasser geworfen zu haben, wo sie ertrank.

Trauriges Dichterloos. Ein im Quartier latin in Paris bekannter Dichter der neuesten Schule, Rene Leclerc, dessen Namen durch die Zeitschriften „La Plume“, „L'Herminette“, und „Mercur de France“ einige Verbreitung gefunden hatte, wurde in der Kammer, die er in einer bescheidenen Herberge bewohnte, todt gefunden. Um nicht Hungers zu sterben, hatte er Hyantall eingenommen. Leclerc war der Sohn eines Steuereintnehmers in der Provinz, der seine Lebensweise nicht billigte und ihm alle Mittel zum Lebensunterhalt verweigerte. Von dem mageren Honorar, das seine Dichtungen ihm eintrugen, konnte der junge Mann nicht leben, und noch weniger, was sein heißer Wunsch war, seine Gedichte drucken lassen. Er hatte sich an einen reichen Dufel mit der Bitte um Unterstützung gewendet, aber einen abschlägigen Bescheid erhalten.

auch nicht durch albernem Eigensinn“ wendete er sich an Lene, „versöhne ihn lieber so rasch als möglich — es wird Dir nicht schwer fallen“, und leiser mit einem zärtlichen Blinzeln, das sein strenges Gesicht ungewöhnlich erhellte, „er ist ja verliebt in Dich bis über die Ohren — und Du in ihn.“

Lene sagte kein Wort. Stumm beugte ihr Haupt, als fühle sie zum erstenmale das Joch, das sie nicht abschütteln dürfe ohne Schaden für sich und die Ihrigen. Aber es würde ihr nicht schwer fallen, hatte der Vater gesagt, denn sie liebe ihn.

Es war, als hätte sie erst dieser väterlichen Bestätigung bedurft, um sich ihrer Liebe völlig bewußt zu werden. Sie war nun voll Ungeduld und Sehnsucht, ihn wiederzusehen, und als er am nächsten Tage zur festgesetzten Stunde nicht erschien, kam eine quälende Angst über sie, die die stummen Seufzer der Mutter und die aufgeregten Schritte des Vaters, der in seiner Stube unaufhörlich auf und nieder ging, bis zur Unerträglichkeit steigerten.

Als Erich nun endlich erschien, flog sie ihm mit einem Freudenstrei an den Hals und ließ sich von ihm küssen nach Herzenslust. Auch er hatte daran gedacht, sie zu versöhnen und übergab ihr ein Etui mit herrlichen Brillantboutons.

Mama Röder war hingerissen von dieser fürstlichen Gabe, und Lene lachte von Glück und Entzücken und wehrte es nicht, als er sie sofort in ihren kleinen Ohren befestigte.

Sie begriff, daß nun auch das Uebrige dazu stimmen müsse, und als sie von Mama hergerichtet, nach dem letzten Journal gekleidet, vor ihm stand, in dem lichten, ihre Formen fest umhüllenden Kleide, erschien sie holdselig in ihrem Erröthen und der eiteln Freude, sich so schön zu sehen und von ihrem Liebsten bewundert.

(Fortsetzung folgt.)

Lene, noch immer erregt, runzelte die Brauen.

„Wie kann ich denn seine Sachen tragen“, rief sie, mit einigem Ungeßüm sich gegen die Mutter wendend, „und gefeßt, wenn mir auf einander böse würden und uns nicht mehr heirathen wollten, wie sollte ich sie ihm dann zurückgeben?“

„Nicht heirathen?“ rief die Mutter, die förmlich in sich tief zusammensank, „wie kannst Du daran nur denken.“

„Das wäre wohl sehr unangenehm?“ fragte Lene, die selbst nicht wußte, warum die jammervolle Miene der Mutter sie empörte.

„Unangenehm?“ Das wäre wohl für uns etwas mehr als unangenehm.“

„Für Euch?“ schob es unbedacht über Lenes geschwungene Lippen, „das geht doch nur mich an.“ Sie sprach nicht weiter.

Vater Röder war aus der Thür getreten. Er hatte sie in den letzten Tagen oft so hoffnungsfreudig angelächelt, jetzt sah er ernst und unzufrieden aus.

„Dich geht es an, Dich allein, aber darum sollst Du auch nicht die schwere Verantwortung auf Dich laden, Dein Glück leichtsinnig verzerzt zu haben. Was Dir Erich bietet, kommt Dir im Leben nicht wieder, nie, aber ich glaube gar nicht, daß Du so unbedacht handeln könntest.“

„O, sie ist Alles im Stande,“ jammerte die Mutter, „sie denkt an nichts. Sie hat sich nie darum gekümmert, woher wirs nehmen, und daß das Leben immer schwieriger wird, je größer die Kinder werden. Freilich ihr hats an nichts gefehlt, — aber nun werden die Kuben auch einmal etwas brauchen — aber das weiß der liebe Gott, woher wirs nehmen sollen, solange sie nicht versorgt ist.“

Der Vater gebot der erregten Frau, zu schweigen. Er wolle solche Reden nicht hören, er treibe seine Tochter nicht aus dem Hause. „Aber aufbringen sollst Du ihn